

Öffentliche Sitzung

des Klima-, Umwelt-, Energie- und Bauausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung
am Mittwoch, den 12.06.2024
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:10 Uhr

Ende: 18:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl ab 16:35 Uhr

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab ab 16.49 Uhr

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Verwaltung

Herr René Bantel

Herr Dr. Benjamin Birami

Herr Zeno Bouillon

Herr Gerhard Hackner

Frau Ute Meinke

Herr Jürgen Musch

Herr Helmut Ott

Herr Dieter Popp

Herr Ingo Schwenk

Schriftführerin

Frau Melanie Seliger

Tagesordnung

=====

- 1** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 234 F II "Goldmorgen, 2. Änderung", Gemarkung Bettringen, Flur Unterbettringen
- Satzungsbeschluss
- 2** Auflassen der Kläranlage und Anschluss des Kanalnetzes Rechberg an die Kläranlage Zollerwiesen - Grundsatzbeschluss -
- 3** Mozartschule, Vergabe Landschaftsbauarbeiten
- 4** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 5** Bekanntgaben
- 6** Anfragen
- 6.1** Sichtbehinderung durch Schild am Furtlepass
- 6.2** Eco Village
- 6.3** Hochwasserschutz

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 234 F II "Goldmorgen, 2. Änderung", Gemarkung Bettringen, Flur Unterbettringen
- Satzungsbeschluss
Vorlage: 071/2024

Protokoll:

Herr Hackner erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Sachverhalt. Der Ortschaftsrat habe den Planungen einstimmig zugestimmt.

Stadtrat Tickert/Bündnis 90/DIE GRÜNEN berichtet, der Ortschaftsrat sei von Anfang an in die Planungen eingebunden gewesen. Einwände wurden durch die Stadtverwaltung aufgegriffen und nach Möglichkeit berücksichtigt. Das Vorhaben werde begrüßt.

Stadtrat Bläse/CDU betont ebenfalls, dass alle Einwendungen berücksichtigt und auch der Ortschaftsrat vorbildlich mitgenommen wurde. Die Tinyhäuser seien eine weitere Wohnform in Schwäbisch Gmünd, die begrüßt werde, um hier eine möglichst große Vielfalt anzubieten.

Stadtrat Zengerle/SPD begrüßt die Planungen.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. hat das Verfahren kritisch begleitet und erläutert die Nachteile der geplanten Tinyhäuser in Bezug auf Flächenverbrauch, Energieverbrauch und wegen der Gefahr, dass diese vorrangig als Wochenendhäuser genutzt würden. Auch das Regierungspräsidium habe Bedenken geäußert, da die Einwohnerdichte bei dieser Bebauung zu gering sei. Dem sei nicht abgeholfen worden. Mit den Tinyhäusern werde die Wohnungsnot nicht beseitigt. Er fragt, wie sichergestellt werden könne, dass die Tinyhäuser keine Wochenendhäuser werden.

Herr Hackner antwortet, dies werde über einen städtebaulichen Vertrag geregelt. Es gebe Pachtverträge über 25 bis 30 Jahre. Der Mieter müsse die Meldeadresse in dem Tinyhaus haben. Zudem werde der Ortschaftsrat in die Vergabe eingebunden. Man habe aktuell 40 Interessenten. Die Raumordnung habe weiterhin mitgeteilt, dass die Planungen mitgetragen werden, trotz der geringen Einwohnerdichte. In der Güglingstraße habe man 150 EW/ha. Damit werde dies aufgewogen.

Stadträtin Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd begrüßt das Vorhaben. Sie ist der Ansicht, dass Personen, die den Wohnraum verkleinern, dies bewusst tun würden. Sie hofft, dass mit der Umsetzung des Vorhabens Nachahmer gefunden und vielleicht auch Sceptiker überzeugt werden können. Bezüglich der energetischen Ausführung habe sie keine Bedenken.

Oberbürgermeister Arnold verweist bezüglich der Tinyhäuser auf die Musterausstellung auf der Landesgartenschau in Wangen im Allgäu. Dort seien alle möglichen Formen ausgestellt und würden sehr angepriesen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd begrüßt die Umwandlung der Kleingartenanlage in eine Wohnanlage. Die Wohnform sollte angeboten werden, um den verschiedenen Interessen gerecht zu werden.

Stadtrat Vatheuer/FDP/FW wird der Beschlussvorlage zustimmen. Die Wohnungsnot zu lindern sei nicht der Anspruch dieses Vorhabens, sondern vielmehr ein vielfältiges Wohnungsangebot. Die Nachfrage nach dieser Wohnform steige.

Stadtrat Preiß/CDU stimmt seinen Vorrednern, speziell Stadträtin Schwarzkopf – Streit/Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd und Stadtrat Vatheuer/FDP/FW, zu, und bittet darum, das Vorhaben positiv zu begleiten, trotz aller Bedenken, die im Vorfeld geäußert wurden, vor allem von Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. entgegnet, er sei der Meinung, in der Wohnungs- und Mobilitätspolitik müsse umgedacht werden. Die Herausforderungen seien sehr groß und es seien mehr als nur Korrekturen erforderlich. Es gebe eine Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen. Man müsse neue Wege gehen und in vielerlei Hinsicht umdenken. Man solle nicht immer nur Ja sagen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, auch wer zustimme, könne im Vorfeld nachgedacht und reflektiert haben.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/DIE GRÜNEN resümiert, seine Fraktion habe dem Vorhaben nicht von vorneherein zugestimmt, sondern verschiedene Anregungen eingebracht, die auch berücksichtigt wurden. Der Ansatz, zu überlegen, wie viel Fläche jeder persönlich benötige, sei wichtig und werde positiv begleitet. Nichtsdestotrotz solle dieses Projekt weiter reflektiert werden, um bei späteren Vorhaben hier gegebenenfalls nachsteuern und anpassen zu können.

Oberbürgermeister Arnold verweist darauf, dass es eine Nachfrage aus der Bürgerschaft an dieser Wohnform gebe, die von der Verwaltung und dem Gemeinderat aufgegriffen werden müsse.

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, inhaltlich sei das Projekt bereits intensiv diskutiert worden. Die sachliche Diskussion der letzten Legislaturperiode begrüße er. Diese sollte beibehalten werden, auch in Zukunft in der neuen Zusammensetzung des Gremiums.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. meint, er habe keine Grundsatzdiskussion begonnen. Die Diskussion solle sachlich bleiben, über Unterschiede könne aber nicht hinweggegangen werden. Kritische Punkte müssten angesprochen werden können. Er regt an, künftig in den Vorlagen positive und negative Punkte aufzuführen, so dass dies als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage dienen können.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, die Stadtverwaltung solle dem Gemeinderat einen klaren Beschlussvorschlag machen. Die Pro- und Kontradarstellung ergeben sich aus der Vorlage.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 61
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Auflassen der Kläranlage und Anschluss des Kanalnetzes Rechberg an die Kläranlage Zollerwiesen - Grundsatzbeschluss - Vorlage: 057/2024

Protokoll:

Herr Musch führt kurz in das Thema ein und übergibt an Herrn Schmied vom Planungsbüro Jedele und Partner, der anhand einer PPP die verschiedenen Möglichkeiten des Anschlusses des Kanalnetzes Rechberg vorstellt. Der Ortschaftsrat Rechberg habe sich für die Variante V1c mit Investitionskosten in Höhe von 3,9 Mio € brutto ausgesprochen. Zu den Investitionskosten kommen noch Leitungskosten dazu. Durch die Länge der Laufzeit sei diese auch die günstigste Variante.

Stadtrat Geiger/CDU berichtet, der Ortschaftsrat Rechberg habe sich eindeutig für diese Variante entschieden. Aus wirtschaftlicher Sicht sei dies sinnvoll. Ein Weiterbetrieb der Kläranlage Rechberg sei nicht sinnvoll. Eine Trasse Richtung Göppingen werde aufgrund der vielen Partner und Unwägbarkeiten abgelehnt. Der Wunsch sei die Ableitung zum Klärwerk Zollerwiesen über Straßdorf. Über die endgültige Trassenführung wurde noch nicht entschieden. Am wahrscheinlichsten sei die Variante entlang der Landesstraße nach Straßdorf. Dies sollte nach Möglichkeit mit der anstehenden Sanierung der Fahrbahn der Straße in Einklang gebracht werden. Weiter sollte in diesem Zug auch ein Radweg entlang der Straße geprüft werden.

Herr Musch berichtet, dass wegen der Sanierung der Straße bereits Gespräche geführt werden. Sollte die Ableitung in Richtung Straßdorf gehen, werde unter der Natursteinmauer, die schon in diesem Jahr erneuert werde, gleich ein Leerrohr verlegt, so dass ein Anschluss des Kanalnetzes möglich sei. Die Entscheidung bezüglich des Radwegs liege beim Land. Weiterhin solle ein Regenüberlaufbecken gebaut werden. Sollte die Entscheidung in den Gremien entsprechend fallen, könne diese beim Volumen für das Regenüberlaufbecken gleich berücksichtigt werden.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/DIE GRÜNEN dankt für den Vortrag und die Darlegung der Fakten. Nach bisherigem Stand könne die Fraktion den Beschluss mittragen. Aus wirtschaftlicher, politischer und ökologischer Sicht sei es die optimale Lösung. Ob diese Lösung auch in Zukunft die wirtschaftlichste sei, werde sich zeigen. Es gebe noch Unsicherheiten bezüglich der Kostensteigerungen und der politischen Entscheidungen.

Herr Schmied antwortet, es sei schwierig, aktuell den neuen Regelungen der EU Rechnung zu tragen. Es wurde eine neue kommunale Abwasserrichtlinie erlassen.

Nach dieser werde auch ein Verursacherprinzip bei der Tragung der Kosten angestrebt. Das neue Europäische Parlament müsse diese aber nochmals absegnen. Was nun angesichts der neuen politischen Verhältnisse komme sei unklar. Anschließend müsse die Richtlinie noch in nationales Recht übernommen werden. Zudem reduziere sich künftig vermutlich das anfallende Abwasser, da das produzierende Gewerbe eher abwandere.

Stadtrat Zengerle/SPD sieht den Anschluss an die Kläranlage Zollernwiesen als sinnvoll an. Die Maßnahme sollte mit der Straßensanierung abgestimmt werden. Er fragt, ob ein Anschluss des Kanalnetzes an Waldstetten geprüft wurde.

Herr Schmied antwortet, dies wurde geprüft und man habe keine Vorteile gefunden.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. dankt für den abwägenden und differenzierten Vortrag. Überzeugend sei, dass die Lösung Zollernwiesen als flexibler angesehen werden. Er stimme zu.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen dankt für den Vortrag. Sie könne der Vorlage zustimmen. Die endgültige Trassenführung müsse besprochen werden.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste stimmt den Vorrednern zu. Die politische Unabhängigkeit von anderen Städten sei wichtig.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW stimmt ebenfalls dem Anschluss zu. Er verweist auf Göppingen und meint, dort sei man angesichts der größeren Kapazitäten weitsichtig gewesen.

Herr Musch antwortet, Göppingen habe bereits ein Kapazitätsproblem. Wegen der Ortsteile Maitis und Lenglingen hätte die Stadt auch ein Interesse an einer Zusammenarbeit. Die anderen Gemeinden und Städte, die dazwischen liegen, seien das Problem.

Stadtrat Geiger/CDU ergänzt, die Kläranlage könne künftig als Regensammelbecken genutzt werden.

Stadtrat Preiß/CDU ist nicht der Ansicht, dass, wie von Herrn Schmied angenommen, die Abwassermengen zurückgehen würden und verweist auf Gebiete wie Aspen, die entwickelt werden. Man müsse weiter auf ausreichende Kapazität achten.

Herr Schmied antwortet, wenn der Rechberg dazukomme, kommen 2.000 EW dazu. Kapazitätsreserven könnten über den Ausbau des Regenüberlaufbeckens erhalten werden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Mozartschule, Vergabe Landschaftsbauarbeiten
Vorlage: 078/2024

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt direkt an Herrn Bouillon.

Herr Bouillon erläutert die Maßnahme anhand einer Power-Point-Präsentation. Vorbehaltlich der Baugenehmigung und Zustimmung durch den Ausschuss könne im Juli mit der Maßnahme begonnen werden.

Ortsvorsteher Heissenberger berichtet, der Ortschaftsrat habe aus Termingründen einen Umlaufbeschluss gefasst. Er dankt, dass die Überdachung und der Müllplatz mit aufgenommen wurde. Die Sanierungszeit sei lange gewesen, eine ganze Schülergeneration habe die Schule nur als Baumaßnahme erlebt. Eine schnelle Durchführung wäre nun wünschenswert.

Stadtrat Kaiser/CDU begrüßt die Maßnahme. Bezüglich der Bepflanzung fragt er nach, ob dies Platanen sein müssten oder ob nicht Obstbäume möglich wären, zumindest in einigen Bereichen. Weiter will er wissen, warum die Linde gefällt werde. Generell bedauert er die Vergabe an auswärtige Unternehmen, die durch die Ausschreibung zustande komme. Vielleicht könne hier künftig eine andere Regelung gefunden werden um örtliche Unternehmen zum Zug kommen zu lassen.

Herr Bouillon antwortet, bei den Baumbeeten seien Platanen aus praktischen Gründen vorgesehen. Diese seien Klimabäume und halten der Hitze, die vom Pflaster ausgehe, stand und sie seien schnellwüchsig. Bereits nach einem Jahr spenden diese Schatten. Obstbäume seien hier empfindlicher und wachsen langsamer. Beim Biotop könnten Obstbäume gepflanzt werden. Die Linde werde gefällt, da sie krank sei.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/DIE GRÜNEN fragt, ob das Pflaster sickertfähig sei und wie der ökologische Aspekt aussehe. Weiter fragt er, wie die Schule hinsichtlich der pädagogischen Anforderungen an die Außengestaltung eingebunden wurde. Er denke hierbei an einen Schulgarten. Er erkundigt sich zudem, wie viele Radabstellplätze errichtet werden und ob diese witterungsgeschützt sind.

Herr Bouillon antwortet es sei drainfähiges Pflaster mit großen Fugen eingeplant. Eine Reduzierung der doch recht großen Pflasterfläche sei wegen Rettungswegen u. ä. schwierig. Es habe im Rahmen der Planungen Gespräche mit der Schule gegeben. Ein Schulgarten sei kein großes Thema gewesen, es waren eher Spielgeräte gewünscht. Bezüglich der Fahrradabstellplätze berichtet er, es seien 60 vorgesehen. Diese seien nicht überdacht.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/DIE GRÜNEN fragt, ob eine nachträgliche Überdachung möglich sei.

Herr Bouillon antwortet, zusammen mit dem Amt 40 seien Förderanträge gestellt worden. Das Ergebnis sei hier offen.

Stadtrat Schwab/SPD ist der Ansicht, die Außenanlagen sollten zu einem guten Ende gebracht werden. Die Fraktion stimme dem Projekt zu.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. würde aus pädagogischer Sicht einen Schulgarten begrüßen. Er fragt nach den Mitteln im Haushalt und wie die Höhe zu Stande kam. Die Vergaberichtlinien verteidigt er entgegen Stadtrat Kaiser/CDU. Diese hätten ihren Sinn um eine transparente Vergabe und Kosten sicherzustellen.

Herr Bouillon antwortet, der Schulgarten sei deshalb kein großes Thema gewesen, da an der Mozartschule bereits ein gewisses Angebot vorhanden sei. Deshalb war dies auf dem Innenhof kein Thema mehr. Zu den Kosten erläutert er, 2021 seien Kosten in Höhe von 460.000 € berechnet worden. Dieser Ansatz habe sich auf 544.000 € erhöht, da verschiedene Gewerke dazu kamen.

Stadträtin Dr. Schwarzkopft-Streit/Freie Wähler Frauen fragt nach der eingeplanten Vogelneestschaukel, ob diese Sinn mache oder ob nicht ein Bewegungsgerät besser sei.

Herr Bouillon antwortet, die Spielgeräte seien alle mit der Schulleitung abgestimmt. Es gebe viele Bewegungsgeräte. Das Vogelnest sei ein Klassiker, der fast immer gewünscht werde.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste dankt für die umfassenden Planungen, die er begrüße. Sollten weitere Wünsche kommen, seien Schüler und Eltern eingeladen kreativ zu werden.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW stimmt der Vorlage zu und bittet um schnelle Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Vergabe der Landschaftsbauarbeiten für das Projekt Neugestaltung Schulhof Mozartschule an die Firma Grünanlagen Schwarz GmbH, Aalen in Höhe von 401.461,67 € wird zugestimmt.
Die Gesamtkosten der Maßnahme „Mozartschule, Neugestaltung Schulhof“ erhöhen sich von ursprünglich 460.000 € auf 544.000 €.
2. Zur Finanzierung der Maßnahme werden bei der Investitionsnummer 2110H50003 „Mozartschule Neugestaltung Außenanlage“ die verfügbaren Haushaltsmittel aus dem Ansatz 2022 in Höhe von 124.924,10 € und aus dem Ansatz 2023 in Höhe von 315.866,89 € als Ermächtigungsübertragung gemäß §21 Abs. 1 GemHVO in das Jahr 2024 übertragen.

3. Zur Deckung der Gesamtauszahlungen in Höhe von 544.000 € wird bei der Investitionsnummer 2110H500003 eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 84.000 € für das Jahr 2024 genehmigt. Die Deckung erfolgt im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2024 innerhalb der Investitionen der Produktgruppe 2110 (Allgemeinbildende Schulen).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Ausblick auf künftige Vorhaben

Protokoll:

Keine.

zu 5 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine.

zu 6 Anfragen

zu 6.1 Sichtbehinderung durch Schild am Furtlepass

Protokoll:

Stadträtin Dr. Stahl/CDU informiert, an der Einfahrt zum Hornberg Richtung Furtlepass stehe ein Schild, das die Sicht für Autofahrer behindere. Sie bittet um Prüfung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66, 68
nachrichtlich an Amt:

zu 6.2 Eco Village

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU fragt nach dem TSG-Areal an der Buchstraße. Beim Projekt Eco Village sollte laut den ursprünglichen Planungen im Herbst nächsten Jahres der 1. Abschnitt fertig sein. Wann gehe es los?

Oberbürgermeister Arnold antwortet, ein Bauträger sei insolvent, es gebe Gespräche mit Nachfolgern.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4
nachrichtlich an Amt:

zu 6.3 Hochwasserschutz**Protokoll:**

Stadtrat Preiß/CDU fragt nach verschiedenen Schutzmaßnahmen.

1. Ist die Maßnahme im Taubental beendet?
2. Die Zuflüsse in die Rems sollten senkrecht eingehen, was ist hier erfolgt?
3. Er regt an, mit einer Drohne den Istzustand aufzunehmen und die Hochwasserkarte fortzuschreiben.
4. Von Schwäbisch Gmünd Richtung Aalen, sollte bei Zimmern Polder errichtet werden um die Stadt und Hussenhofen zu schützen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dies wurde in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses aus aktuellem Anlass besprochen. Im Taubental und Schießtal gab es keine Probleme. Die getroffenen Maßnahmen hätten sich positiv ausgewirkt. In Hussenhofen hätten auch Privatleute Maßnahmen zum Hochwasserschutz ergriffen. Der Dauerregen konnte abgefangen werden, bei Starkregen sei die Situation anders. Hier könnten die Wassermassen nur kanalisiert werden und hier könne die Stadt noch besser werden.

Herr Musch führt weiter aus, für das Taubental laufe ein Förderantrag zum Hochwasserschutz und man hoffe auf positiven Bescheid. Man achte speziell auf Förderprogramme, um an weiteren Stellen nachbessern zu können. An der Rems und auch in den Teilorten gebe es schwierige Stellen, die während des Starkregens lokalisiert wurden. Bei Starkregen sei ein großes Problem, dass die Kanäle und Durchlässe verstopfen.

Ein Polder in der Nähe von Hussenhofen habe sich durch den Rückbau der Fahrradbrücke ergeben. Dadurch konnte sich die Rems auf einer großen Fläche ausbreiten.

Zudem wolle er darauf hinwirken, dass Mittel aus dem Wasserverband an Schwäbisch Gmünd zurückfließen. Starkregen sei problematisch, da dieser nicht vorhersagbar sei. Vielleicht sei über Regensensoren hier künftig eine Verbesserung möglich.

Stadtrat Preiß/CDU regt eine Informationsveranstaltung zu dem Thema mit Architekten und Bauherren für künftige Vorhaben an.

Ortsvorsteher Heissenberger würde ein Rückhaltebecken vor Zimmern begrüßen. Nach dem Hochwasser gebe es zwei Schäden am Krümlingsbach und am Radweg Richtung Böbingen. Die Verbesserungen beim Hochwasserschutz seien sehr positiv. Weiter bittet er, im Ortschaftsrat schnell die Möglichkeiten zur Entwässerung von Aspen vorzustellen, die ja zum Teil über den Krümlingsbach laufen sollen.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, bei dem Starkregen sei, zum Leidwesen der Landwirte, viel Wasser in die Felder abgeflossen, das die Flüsse dann nicht aufnehmen mussten. Der Bauhof habe regelmäßig die Durchlässe freigehalten, damit das Wasser abfließen konnte. Zusätzlich müssten die Dorfgemeinschaften geschult werden, da es für Helfer teilweise kein Durchkommen in die Ortschaften gab. Die private Vorsorge sei in vielen Bereichen vorbildlich.

Stadtrat Schwab/SPD fragt, was aus den Handlungsempfehlungen des Projekts Resi Extrem wurde.

Herr Musch antwortet, die Verbesserungen im Taubental und Schießtal seien Mahnahmen aus der Resi-Untersuchung. Dort wurden diese bereits teilweise ausgeführt. Über die örtliche Gefahrenkarte könnten Privatpersonen schauen, ob sie ein erhöhtes Risiko für Hochwasser hätten. Bei Bedarf gebe es eine Beratung durch das Tiefbauamt über mögliche Maßnahmen. Starkregen sei aber bei vielen Bewohnern nicht im Fokus. Hier wäre eine generelle Informationsveranstaltung sinnvoll.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste fragt, wie das THW in die Einsätze eingebunden sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, an dem Wochenende sei das THW beim ICE im Einsatz gewesen.

Herr Musch erläutert weiter, das THW werde über die Freiwillige Feuerwehr informiert und entsprechend eingebunden. An dem betreffenden Wochenende war es durch den ICE-Einsatz gebunden.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66, 30
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: